

FESTUNG EUROPA

Jenseits von Afrika

Unter den AsylbewerberInnen in Luxemburg sind zunehmend Menschen aus afrikanischen Ländern. Sie leiden oft unter Diskriminierungen und Schikanen.



Die meisten Vertriebenen in Afrika bleiben auf ihrem Kontinent: Flüchtlinge im Kongo.

(Fotos: Archiv)

Einsatz am Bahnhof Luxemburg. Ein Aufgebot der großherzoglichen Polizei ist ausgeschwärmt. Ziel der Aktion ist es, Drogendealer dingfest zu machen. Verdächtige Personen werden nach Papieren gefragt. Wer keine Dokumente vorweisen kann, wird festgenommen. Doch wie sieht ein Verdächtiger aus? Nach dem Anteil derer, die von der Polizei am häufigsten kontrolliert werden, haben es die Ordnungshüter vor allem auf Menschen mit dunkler Hautfarbe abgesehen.

"Es werden fast nur Afrikaner kontrolliert", sagt Olivier Kasamba Mutumba. Der Biologiestudent aus der Demokratischen Republik Kongo lebt seit vier Jahren in Luxemburg. Seine Erfahrungen im Großherzogtum bezeichnet er als "weder nur positiv oder nur negativ". An den Rassismus im Alltag habe er sich gewöhnt. So sei er zum Beispiel schon mal in einem Café absichtlich nicht bedient worden. Und in letzter Zeit sei ihm vor allem die forsche Vorgehensweise der luxemburgischen Polizei gegen afrikanische ImmigrantInnen aufgefallen.

Viele Drogendealer seien unter dem Deckmantel des Asyls nach Luxemburg gekommen, hatte Premierminister Jean-Claude Juncker bei einem Pressebriefing im Januar gesagt und dabei auf den starken Zustrom an Flüchtlingen aus Westafrika verwiesen. Unter den in Schrägstellung einsetzenden Dealern sei deren Anteil besonders hoch, betonte der Regierungschef. Die Polizei habe zudem festgestellt, dass in Luxemburg Schlepperbanden aktiv seien. "Wir werden mit voller Härte

des Gesetzes zuschlagen", kündigte Juncker an.

Die saloppe Gleichsetzung von Asylbewerbern mit Drogendealern brachte dem Premierminister harsche Kritik von Seiten der Nichtregierungsorganisationen und der parlamentarischen Opposition ein. So hieß es in einer Pressemitteilung der Grünen: "Es ist geschmacklos und verwerflich, dass der Premier sich auf populistische Wahlkampfparolen auf dem Rücken des schwächsten Gliedes der luxemburgischen Gesellschaft einlässt." Der Premierminister fühlte sich zwar in seinen Äußerungen gründlich missverstanden. Der Schaden war jedoch längst angerichtet - und die Asyl- und Einwandererpolitik als Wahlkampfthema bereits lanciert, nicht zuletzt weil Justizminister Luc Frieden ein ums andere Mal erklärt hatte, die harte Linie der luxemburgischen Regierung in der Asylpolitik fortzusetzen: "Wir können nicht das ganze Elend der Welt bei uns aufnehmen."

Tatsächlich kamen im vergangenen Jahr mehr Asylbewerber aus Afrika als je zuvor nach Luxemburg. Allein die Zahl der Nigerianer, die einen Asylantrag stellten, stieg von sechs im Jahr 2002 auf 86 im Jahr 2003. Sie bilden mittlerweile hinter den BewerberInnen aus Serbien-Montenegro (541 Antragsteller) die zweitgrößte Gruppe, gefolgt von AlgerierInnen (81). Weitere afrikanische AsylbewerberInnen kamen 2003 aus Liberia (60), Burundi (30), aus dem Kongo (28), aus Guinea (25), Sierra Leone (24), sowie aus Gambia und der Elfenbeinküste (jeweils 20).

Unterdessen verbirgt sich hinter der Panikmache der Regierung gegen die angeblich mit Drogen dealenden afrikanischen Asylbewerber etwas, was für die Betroffenen zum Alltag gehört: Diskriminierung und Rassismus. Dabei ist Luxemburg nach einer international vergleichenden Studie Ende der 1990er Jahre über Einstellungen der EU-BürgerInnen zu Angehörigen anderer Rassen neben Portugal und Spanien eines der fremdenfreundlicheren Länder - im Gegensatz zu dem, laut Untersuchung in der Xenophobie-Skala an erster Stelle stehenden Belgien.

Subtiler Rassismus

Es sei kein offener, aggressiver Rassismus, dem er in Luxemburg bisher begegnet sei, sagt Olivier. Die Ablehnung gegenüber Fremden und Menschen mit einer anderen Hautfarbe zeige sich viel subtiler, zum Beispiel bei der Wohnungssuche. Für Luxemburger sei es schon nicht einfach, eine Wohnung zu finden, "doch für uns Afrikaner ist es noch viel schwieriger", sagt der Kongolese. "Ruft man auf eine Zeitungsannonce hin an und der Wohnungseigentümer merkt, dass man aus Afrika stammt, heißt es, die Wohnung sei schon längst vergeben", berichtet Olivier. "Wenn aber ein befreundeter Europäer dann vorstellig wird, ist sie plötzlich wieder frei." Hinzu kommt, dass die meisten Mieten für afrikanische Studenten unerschwinglich sind. "Wir können die hohen Mietpreise nicht bezahlen", sagt Olivier. "Erst recht nicht, weil wir nicht arbeiten dürfen." Studenten aus Nicht-EU-Län-

dern dürfen nur bis zum Alter von 26 Jahren Studentenjobs nachgehen. Für den Kongolese ein klarer Fall von Diskriminierung.

Der Probleme der rund 120 afrikanischen Studenten an der Luxemburger Universität hat sich der "Cercle des étudiants africains à Luxembourg" (CEAL) angenommen. Eines davon sei eben der Mangel an Wohnraum, bestätigt Djabel Ngiane, der Vorsitzende der Organisation. Ein Zimmer von 250 bis 450 Euro sei kaum zu bezahlen, wenn man nicht arbeiten darf, sagt der Informatikstudent aus dem Senegal. Djabel verweist außerdem auf die erschwerten Zulassungsbedingungen für afrikanische Studenten. Er fordert deshalb ein Statut, das die Rechte der Studenten klar definiert. Denn wer die Fristen nicht einhält und nicht die nötigen Papiere sowie eine Bankgarantie vorlegt, dem drohe die Ausweisung, fügt Cercle-Generalsekretär Bilé Ngoran von der Elfenbeinküste hinzu, der wie sein Kommilitone in einem Wohnheim in Esch lebt - und ebenso schon am luxemburger Hauptbahnhof kontrolliert wurde.

Luxemburg statt Kanada

Unter dem Arbeitsverbot leiden nicht zuletzt auch die Asylbewerber, so zum Beispiel Flori Katona und Elpide Labata. Den Status als Flüchtlinge bekamen die beiden Kongolesen nicht zuerkannt, da beide nicht aus dem Kriegsgebiet im Osten des ehemaligen Zaires stammen. Doch mussten beide aus politischen Gründen ihr Land verlassen. Sie entflohen dem Re-

gime des Kabila-Clans, Elpide Labata verbrachte sogar einige Zeit im Gefängnis.

"Ich musste umgerechnet 5.000 Euro für die Flucht bezahlen. Zuerst sagte man mir, ich würde nach Kanada gebracht. Doch schließlich landete ich in Luxemburg", erzählt Flori Katona, der seit einem Jahr in Luxemburg auf seinen Asylbescheid wartet. Ein ähnliches Schicksal wie Katona ereilte auch John Echefu: Der ehemalige Polizeibeamte floh nach eigenen Worten vor der "Halb-Diktatur" in Nigeria, weil er dort "Probleme mit den Autoritäten" bekommen habe. Mittlerweile hat er mit der wenig zimperlichen Polizei Luxemburgs Bekanntschaft gemacht. Die hatte ihn am Bahnhof aufgegriffen.

"Viele Luxemburger glauben, wir seien nur hier, um uns zu bereichern", sagt Elpide Labata. Das Land habe sich bislang noch wenig für die Belange der afrikanischen Länder geöffnet. Ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich oder Großbritannien seien da weiter.

Die meisten Asylbewerber fliehen vor Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten in ihren Heimatländern oder vor autoritären Regimen. Für diejenigen Flüchtlinge aus Afrika, die in Europa Zuflucht suchen und nicht per Flugzeug, sondern mit dem Schiff kommen, sind die Kanarischen Inseln bevorzugtes Zwischenziel. Sie haben der Küste des spanischen Festlands an der Straße von Gibraltar den Rang als Eintrittstor abgelassen, denn die dortige Meerenge wird mittlerweile hermetisch abgeriegelt: Spanische Marineverbände veranstalten an dem 14 Kilometer breiten Nadelöhr - ausgerüstet mit Nachtsichtgeräten, Hubschraubern und Schnellbooten - regelrechte Verfolgungsjagden auf die chancenlosen Nusschalen der afrikanischen Flüchtlinge. Die EU-Länder versuchen seit Jahren, das "Schlupfloch" Gibraltar mit großem finanziellen Aufwand zu stopfen.

Meistens vertrauen die ImmigrantInnen sich Schlepperbanden an. Eine Passage auf einem der kaum seetüchtigen Boote, den "pateras", oder ein Flugticket inklusive Papiere soll bis zu 15.000 Euro kosten. Doch eine erfolgreiche Ankunft wird nicht garantiert. Viele Boat People werden von den spanischen Behörden noch am Strand aufgegriffen. Andere gehen im Sturm über Bord. Immer wieder werden Leichen von ImmigrantInnen an der "costa de la muerte" (Todesküste) angeschwemmt.

Tausende Flüchtlinge aus Afrika sitzen in den Lagern der beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla auf der marokkanischen Seite des Mittelmeeres fest, nach Berichten von Flüchtlingshilfsorganisationen unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Die wenigsten, die es doch noch auf die iberische Halbinsel schaffen, wollen in Spanien bleiben. Bei der Zahl der abgegebenen Asylanträge liegt das Land nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen

(UNHCR) im unteren Bereich der europäischen Länder. Zudem verschärfte die spanische Regierung in den vergangenen Jahren die Bedingungen für eine Regularisierung. Allein 2002 schob Spanien mehr als 20.000 ImmigrantInnen nach Afrika ab.

Einmal im Schengen-Land angekommen, ist noch lange nicht sicher, ob die AsylbewerberInnen auch bleiben dürfen. Erst einmal sind sie zum Warten verdammt, so wie Elpide Labata in Luxemburg. Dieser betrachtet die Restriktionen - die eingeschränkte Reisefreiheit und das Arbeitsverbot - als Demütigungen: "Wir können uns nicht einmal frei bewegen", sagt der Kongolese. Täglich wartet er auf eine Antwort vom luxemburgischen Justizministerium. Resigniert fügt er hinzu: "Es ist manchmal schlimmer als im Gefängnis."

Stefan Kunzmann



In den afrikanischen Flüchtlingslagern, hier in Sierra Leone, leben tausende Menschen.

Der feine Unterschied

Viele der kapverdischen ImmigrantInnen sind luxemburgische Staatsbürger. Dennoch fehlt ihnen die vollständige Anerkennung in der hiesigen Gesellschaft.

(sk) - Als Lucie Neves 1967 nach Luxemburg kam, war die Welt noch in Ordnung. "Ich war die fünfte Person, die von den Kapverdischen Inseln hierher kam. Ich folgte meinem Bruder nach, der bereits mit seiner Familie in Luxemburg lebte", erzählt sie. Damals gehörten die Inseln vor der afrikanischen Westküste noch zu Portugal, so dass Lucie Neves einen portugiesischen Pass besaß. Heute ist sie luxemburgische Staatsbürgerin. "Die Integration fiel mir leicht", sagt sie. Mit den LuxemburgerInnen hatte sie keine Probleme, obwohl die KapverdierInnen die ersten dunkelhäutigen Zuwanderer hier zu Lande waren. Lucie Neves arbeitete unter anderem in einer Crèche und in einem Krankenhaus - die Integration in die luxemburgische Gesellschaft gelang ihr also vor allem über die Arbeit.

"Das ist die einfachste Form sich zu integrieren", bestätigt Celeste Monteiro. "Die soziale Eingliederung ist dagegen um einiges schwieriger." Einerseits gebe es die enge Verbundenheit mit der Familie und deren Tradition, andererseits die moderne luxemburgische Gesellschaft, mit der man jeden Tag in Berührung kommt, sagt sie. Nicht immer sei diese Gesellschaft freundlich gesinnt, sagt Celeste. Dabei sei es eine eher versteckte Diskriminierung, der sich die KapverdierInnen ausgesetzt sehen. Kleine Demütigungen, die dennoch ihre Wirkung erzielen. "Dabei sind wir auch Luxemburger. Nur haben wir eine andere Hautfarbe."

Celeste Monteiro kam 1975 als Achtjährige nach Luxemburg. Wie viele KapverdierInnen besitzt auch sie die luxemburgische Staatsbürgerschaft. Sie arbeitet im Innenministerium und engagiert sich in der Organisation Capverdienne du Luxembourg (OCL). Sie weiß, dass es nicht allen KapverdierInnen so leicht fällt, die Kluft zwischen

den beiden Kulturen zu überbrücken. Vor allem in der Schule prallen diese aufeinander. Es fange an mit den Sprachen, meint Gracelina Gonçalves und fügt hinzu: "Viele jugendlichen Kapverdier haben in der Schule Schwierigkeiten." Zu Hause wird vorwiegend Kreolisch gesprochen, in der Schule Lëtzebuergisch oder Französisch. Die Probleme werden nicht zuletzt durch die hohe Quote der SitzbleiberInnen unter den kapverdischen SchülerInnen belegt.

Gewalt im Spiel

"Und mit einem schlechten Schulabschluss kommen die Probleme, einen Job zu finden", meint Gracelina. "Dazu gibt es kaum Freizeitangebote für junge Kapverdier. Andere sind zu teuer. Da fehlt einfach das Geld." Die 29-Jährige ist Mitglied beim Comité Spencer, benannt nach Spencer dos Santos, einem jungen Kapverdier, der vor zwei Jahren nach einer Schlägerei in der Luxemburger Bahnhofsgegend seinen Verletzungen erlag. Das Comité widmet sich dem Kampf gegen die Jugendkriminalität sowie der besseren Integration der jungen KapverdierInnen in der luxemburgischen Gesellschaft. "Vor zwei Jahren verschlechterte sich die Stimmung unter den Jugendlichen zusehends", erzählt Gracelina. "Kleinkriminalität gab es zwar schon vorher, der eine oder andere Diebstahl, aber dann kam immer mehr Gewalt ins Spiel." Das Comité Spencer will dem entgegensteuern.

"Manche integrieren sich leichter, die andern nicht", sagt Celeste Monteiro. Die eigene "métissage" habe es den KapverdierInnen jedoch erleichtert, sich in die luxemburgische Gesellschaft einzufinden. Zwischen 5.000 und 6.000 gibt es mittlerweile in Luxemburg. Genaue Zahlen gibt es nicht, denn einige ha-

ben die kapverdische Nationalität, andere die portugiesische und nicht wenige bereits die luxemburgische. Letztere sind vor allem die Kinder und Enkel der EinwandererInnen, so zum Beispiel die 22-jährige Natalie, die in Luxemburg zur Welt kam: "Vor neun Jahren war ich zum ersten Mal auf den Kapverdischen Inseln. Ich wollte meine Familie sehen, meine Wurzeln kennen lernen. Seitdem gehe ich jedes Jahr dorthin." Sie selbst sei keine Kapverdierin, sondern betrachte sich als Luxemburgerin kapverdischer Herkunft. Der Hinweis auf diesen feinen Unterschied sei vielleicht die passende Antwort auf die Frage nach der eigenen Identität, meint Celeste Monteiro.

Auch Lucie Neves hatte die Erfahrung gemacht, dass sie im Land ihrer Vorfahren nicht mehr richtig zu Hause war. "Es hatte sich viel geändert, und ich hatte viel von den Luxemburgern übernommen", sagt sie. "Ich stellte fest: Zur einen Hälfte gehörte ich auf die Inseln, zur anderen nach Luxemburg. War ich dort, dachte ich an das Leben hier. Bin ich hier, denke ich an die Kapverdischen Inseln."

Auf der Flucht

(sk) - Von weltweit 175 Millionen MigrantInnen ist jede dritte AfrikanerIn. Obwohl sie vor Kriegen, politischer Instabilität, autoritären Regimen und Naturkatastrophen wie anhaltende Dürreperioden fliehen, sind die wenigsten von ihnen im engeren Sinne Flüchtlinge. Von denen - und dazu zählen auch die innerhalb eines Landes vertriebenen Menschen - gibt es nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) allein auf dem afrikanischen Kontinent 15 Millionen.

Die größten Flüchtlingsgruppen Afrikas kamen im Jahr 2002 aus Burundi (570.000), Sudan (450.000) und Angola (421.000), aus der Demokratischen Republik Kongo (395.000) und Somalia (357.000). Zu den afrikanischen Ländern, in denen die meisten Flüchtlinge lebten, zählten Tansania (690.000), die Demokratische Republik Kongo (330.000), der Sudan (328.000) sowie Sambia (247.000), Kenia (234.000) und Uganda (217.000).

Sowohl die Genfer Flüchtlingskonvention als auch die Flüchtlingskonvention der Organisation afrikanischer Staaten (OAU) machen das Überschreiten einer internationalen Grenze zur Voraussetzung für den Flüchtlingsstatus. Diejenigen, die innerhalb ihrer Heimatländer flohen, gelten dagegen nicht als Flüchtlinge. Im internationalen Sprachgebrauch wird für sie die Bezeichnung "Internally Displaced Persons" statt "Refugees" verwendet. Dennoch sind beide Migrationsarten auf die gleichen Ursachen zurückzuführen: auf kriegerische Konflikte.

In keiner Dekade fanden in Afrika mehr Kriege statt als in den 1990er Jahren. Etwa 30 neue brachen aus, Hauptursache der Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen. In der selben Zeit konnte eine gleiche Anzahl von Konflikten beigelegt werden, was wiederum die Voraussetzung für die Repatriierung von rund sieben Millionen Flüchtlingen und die Heimkehr weiterer Millionen von Vertriebenen schuf. Etwa 340.000 sind bisher zurückgekehrt, davon rund die Hälfte nach Angola und Sierra Leone nach dem Ende der dortigen Bürgerkriege.

Zu Langzeitkonflikten wie dem Bürgerkrieg im Sudan, bei dem seit der Unabhängigkeit des Landes 1956, etwa zwei Millionen Menschen getötet, vier Millionen innerhalb der Landesgrenzen vertrieben wurden und eine halbe Million in die Nachbarländer floh, kamen neue Kriege, wie zuletzt der in der früher als stabil geltenden Elfenbeinküste. In Ruanda verübte die Gefolgschaft der radikalen Hutu-Regierung 1994 einen systematisch vorbereiteten Genozid an Tutsi und gemäßigten Hutu: Bis zu einer Million Menschen starben, drei Millionen flohen. Ein neuer Kriegstyp auf dem Kontinent ist der so genannte Warlord-Krieg. So versank zum Beispiel Somalia nach dem Sturz des Diktators Siad Barre (1991) im Chaos konkurrierender Clans. Dabei lösten sich die staatlichen Strukturen in dem Land am Horn von Afrika vollständig auf. Ähnlich verlief auch der Krieg in Liberia. Und im Kongo sind in den vergangenen Jahren mindestens drei Millionen Menschen gestorben - in einem Konflikt, bei dem zeitweise die Armeen der Nachbarländer mit verwickelt waren und der bereits als afrikanischer Weltkrieg bezeichnet wird. Dabei wurden mehr als 2,5 Millionen Menschen entwürzelt.

Während PolitikerInnen in Europa immer wieder das Drohgebilde einer Flut von ZuwandererInnen aus dem Süden an die Wand malen und an der "Festung Europa" arbeiten, ist es nur eine relativ geringe Zahl afrikanischer Flüchtlinge, die auf anderen Kontinenten Asyl beantragt. Die meisten bleiben in Afrika. Gigantische Flüchtlingslager wie in Kenia - dem Land in Afrika, das die meisten Flüchtlinge aufnimmt - sind in Europa kaum denkbar. Die Elfenbeinküste hatte Anfang der 1990er Jahre unter dem damaligen Präsidenten Felix Houphouët-Boigny rund 200.000 liberianische Flüchtlinge aufgenommen, als "Brüdern und Schwestern in Not". Ähnliches gilt für andere afrikanische Staaten. Erst als die Industriestaaten ihre Asylgesetze verschärften, wurden die afrikanischen Regierungen ermutigt, diesem Beispiel zu folgen. Die Flüchtlinge werden seitdem zunehmend in Lager gesteckt, unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen.